

Artikel vom 17.11.2023

CSU (AG) Umwelt

## Essengehen darf nicht zum Luxusgut werden!



### **CSU (AG) Umwelt kritisiert drastische Steuererhöhung auf Essen – SPD, Grüne und FDP im Fokus!**

Die CSU (AG)Umwelt im Kreisverband Miltenberg verurteilt energisch die Entscheidung von SPD, Grünen und FDP, die Steuern auf Essen in Gasthäusern und Restaurants ab Anfang 2024 von den vorübergehenden sieben Prozent auf 19 Prozent zu erhöhen. Diese Maßnahme belastet alle Bevölkerungsschichten, insbesondere jedoch zahlreiche Familien, die sich nun den Restaurantbesuch nicht mehr leisten können. Die kurzfristige Entscheidung gefährdet nicht nur die Gastronomie, sondern bedroht auch Metzger, Bäcker, Landwirte und andere Branchen, vor allem im ländlichen Raum. Zudem wird sie voraussichtlich den positiven Trend im Unterfränkischen Tourismus beeinträchtigen, der laut aktuellen Zahlen des Landesamtes für Statistik wieder auf Vor-Corona-Niveau angekommen ist.

"Es ist schockierend zu sehen, wie intolerant und unsensibel die Entscheidungsträger in Berlin derzeit mit unseren Unternehmen umgehen. Gerade in einer Phase, in der positive Signale für die Entwicklung unserer heimischen gastronomischen und touristischen Betriebe gesetzt werden sollten, scheint die Regierung einen Vorteil für unsere Unternehmen zu ignorieren", so der Vorsitzende von Churfranken, Klingenbergers 1. Bürgermeister Ralf Reichwein.

Die weitreichenden Folgen dieser Entscheidung gehen über den Verlust sozialer Treffpunkte im

Dorf, wie dem örtlichen Wirtshaus, hinaus und führen zu einer weiteren Verödung der bereits oft angespannten Innenstadtlage. Mit dieser Entscheidung offenbart die Bundesregierung erneut ihre Kurzsichtigkeit, indem sie die langfristigen Auswirkungen nicht angemessen berücksichtigt. Besonders schockierend ist die Beteiligung der FDP, von der man einen höheren Grad an Wirtschafts-Sachverstand erwartet hätte.

Die CSU (AG) Umwelt Miltenberg warnt: Steuererhöhungen bedrohen lokale Betriebe und die gesamte Wirtschaft. Diese Entscheidung gefährdet nicht nur die Finanzen von Familien, sondern auch die Gemeinschaft und den wirtschaftlichen Aufschwung. Insolvenzen, Jobverluste und steigende Lebensmittelpreise drohen!